

**Hans-Georg Fleck, Rezension von:**

**Detlef Lehnert/Christoph Müller (Hrsg.): Vom Untertanenverband zur Bürgergenossenschaft. Symposium zum 75. Todestag von Hugo Preuß am 9. Oktober 2000, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, 2003, 280 S.**

Viel ist im Erinnerungsjahr an das Ende der NS-Schreckensherrschaft über Deutschland und weite Teile Europas vom »Zivilisationsbruch« in der deutschen Geschichte die Rede, von der untilgbaren Schande, die ein (bis dahin) durchweg respektiertes, wenngleich nur bisweilen geschätztes Kulturvolk in der Mitte des europäischen Kontinents auf sich geladen habe. Zu selten wird dabei dem ungeheuerlichen, von keiner Gesellschaft spurlos zu verkraftenden Verlust an intellektueller Potenz und visionärer Gestaltungskraft für eine »bessere Zukunft« gedacht, den Deutschland, das deutsche Volk, die deutsche Gesellschaft sich durch nationalistische und rassistische Verblendung selber zugefügt hat. Es scheint moralisch verständlich und gerechtfertigt, daß über Jahrzehnte hinweg vornehmlich oder gar ausschließlich das anderen zugefügte Leid und Unrecht im Mittelpunkt des Gedenkens gestanden hat. Wenn nun auch - endlich - die Trauerarbeit über das Leid begonnen hat, das die Kreatoren des Unrechts über das eigene Volk gebracht haben, so sollte dabei stets auch der fatalen Tatsache gedacht werden, daß Deutschland sich zahlloser Zukunftsoptionen resp. der sie tragenden und gestaltenden Menschen beraubt hat. Welchen Erfolg auch immer man den Gründervätern der neuen, bis heute stabilen Demokratie in Deutschland nach 1945 von Herzen gerne zubilligen mag: Es bleibt wohl auf Dauer ein Faktum, daß unendlich viele gangbare Wege auf immer unpassierbar gemacht, fruchtbare Ideen auf immer verschüttet worden sind.

Und wenn es nur das Verdienst wäre, damit begonnen zu haben, einen der in Vergessenheit geratenen Wege deutscher Geschichte - und gerade deutscher Liberalismusgeschichte - wieder in Erinnerung zu rufen: Der Berliner Gründerkreis der im November 2000 gegründeten »Hugo-Preuß-Gesellschaft e.V.« um Christoph Müller und Detlef Lehnert (sie fungieren daher für den hier anzuzeigenden Band auch als Herausgeber »im Auftrag« der Gesellschaft) hätte sich bereits so große Meriten erworben, indem er sich müht, unser Wissen vom Facetten- und Optionenreichtum deutscher Geistes- und Politikgeschichte deutlich zu erweitern. Daß die Gesellschaft - über die Publikation von Tagungsbänden wie dem vorliegenden hinaus - weitgehend aus eigener Kraft auch an einer (wohl fünfbändigen) wissenschaftlichen Edition der Schriften ihres Namenspatrons arbeitet, deren erster, politischen Schriften aus dem Zeitraum bis 1918 gewidmeter Band noch in diesem Jahr erscheinen soll, sei nur ergänzend vermerkt.

Wem ist der - erfreulicherweise - von Friedrich-Naumann- wie Friedrich Ebert-Stiftung geförderte, mit einem Geleitwort des Bundestagspräsidenten versehene, zehn Beiträge auf hohem wissenschaftlichen Niveau umfassende Band gewidmet? So werden allzu viele bei der Nennung des Namens von Hugo Preuß fragen. Der 1860 in eine wohlhabende Berliner Kaufmannsfamilie hineingeborene »deutsche Staatsbürger jüdischen Glaubens«, der sich nach rechtswissenschaftlichem Studium in Heidelberg und Berlin im Jahre 1889 bei Otto Gierke mit einer viel beachteten Arbeit zu »Gemeinde, Staat und Reich als Gebietskörperschaften. Versuch einer deutschen Staatskonstruktion auf Grundlage der Genossenschaftstheorie« habilitiert hatte, ist im öffentlichen Bewußtsein in Deutschland wenn überhaupt dann allenfalls als »Vater der Weimarer Reichsverfassung« greifbar. Als Außenseiter im akademischen Leben des Wilhelminischen Deutschlands (als Jude blieb ihm die angestrebte akademische Laufbahn trotz anerkannt hoher fachlicher Qualifikation verschlossen), als linksliberaler, stets aus einer Minderheitsposition heraus argumentierender Kritiker des Bismarckreiches und der von diesem geschaffenen, weithin überlebten politischen Strukturen ging Preuß - dank seines Erbes ökonomisch unabhängig - seinen Weg des wissenschaftlichen, publizistischen und politischen Einsatzes für

grundlegende rechtliche und politische Reformen in Deutschland unbeirrt weiter, auch wenn ihm dies immer wieder Anfeindungen, persönliche Enttäuschungen und gezielte Zurücksetzungen eintragen sollte.

Es mag als (weiterer) Beleg für den häufig konstatablen Zynismus des historischen Prozesses gewertet werden, daß man den ständigen Mahner und Warner Preuß, der praktisch von Beginn seiner Publikationstätigkeit an auf den gravierenden Reformbedarf von Staat und Gesellschaft in Deutschland hingewiesen und Gegenmodelle entwickelt hatte, letztlich meinte für das Scheitern der ersten deutschen Demokratie mit habhaft machen zu müssen. So ist der Liberale Hugo Preuß, dessen politische Gegner die Chuzpe besaßen, ihm am offenen Grabe die Schmähung nachzurufen, er sei »im politischen Leben des deutschen und des preußischen Volkes eine höchst unerfreuliche Erscheinung« gewesen (so die konservative »Kreuz-Zeitung« noch am Todestage Preuß'), als ein politischer »loser« in ein notorisch lädiertes Geschichtsbewußtsein eingegangen, das nach Erfolgsgeschichten giert, nicht um der Prinzipien und Visionen, sondern des Erfolges willen.

Der Sammelband rückt den nahezu völlig in Vergessenheit geratenen Staatsrechtler Preuß eindeutig in den Mittelpunkt des Interesses. Lediglich Lothar Albertin befaßt sich - weitgehend Bekanntes repetierend, gelegentlich vertiefend - mit dem in den Begriff des »liberalen Revisionismus« eingebetteten politischen Wirken Preuß' im Rahmen des organisierten politischen Linksliberalismus resp. im Umfeld Theodor Barths, dessen Erkenntnisfortschritt vom »Manchesterliberalen« zum sozialliberalen »Revisionisten« Preuß im Grunde mitvollzog. Mit der gleichen und erfreulichen Klarheit, mit der Albertin die politische Heimat Preuß' im Liberalismus der Zeit - und sei es auch in der Preuß aufs beste vertrauten Rolle als Außenseiter - charakterisiert, weist Hans Mommsen die ebenso notorische wie simplifizierende Interpretation zurück, die der Weimarer Verfassung - und somit deren »Vater« Preuß - ein primäres Verschulden am Scheitern der Weimarer Demokratie unterstellt, dabei - ob intentional oder nicht - häufig genug nur die »Systemfeinde«, spez.

die der politischen Rechten, exkulpiert.

Fünf Beiträge (Schefold, Malowitz, Lehnert, Schönberger, Llanque) sind dem Versuch gewidmet, Preuß' staats-theoretisches Oeuvre in den fachwissenschaftlichen Diskurs von Kaiserreich und Weimarer Republik einzuordnen und in seiner Spezifik zu erfassen. Referenzrahmen ist dabei stets Preuß' Fundamentalkritik an der die rechtswissenschaftliche Welt des ausgehenden 19. Jahrhunderts in Deutschland dominierenden Schule des Gerber-Labandschen Rechtspositivismus, die nach Preuß' Auffassung lediglich eine Affirmation des bestehenden politischen und rechtlichen »status quo« darstellte, so wie ihn die Bismarcksche Reichsverfassung vorgegeben hatte. Hieran schloß Preuß eine ebenfalls grundlegende Kritik des klassischen Souveränitätsdogmas und des konservativ-nationalliberalen Staatsverständnisses an.

Karsten Malowitz zeigt, inwieweit Preuß mit seiner »organischen Staatsauffassung« an die Gierkesche Genossenschaftslehre anschloß, und wie er diese grundlegend und mit neuer Zielsetzung erweiterte. Preuß' erklärtes Ziel sei es gewesen, »durch eine Fortentwicklung der Grundlagen des Verfassungs- und Staatsrechts die politische Transformation des Kaiserreichs zu einem auf dem Prinzip der Selbstverwaltung aufbauenden demokratischen Rechtsstaat voranzutreiben« (S. 126). Diese Transformation ist für Preuß Voraussetzung für die Zukunftsfähigkeit des deutschen Staates, dem - entgegen allen nationalistisch und/oder antisemitisch getönten Unterstellungen - das besondere Interesse des deutschen Patrioten Preuß gilt. Als Ansatzpunkt für die Gewinnung von Zukunftsfähigkeit gilt Preuß - inhaltlich wie strategisch - die preußische Kommunalreform des frühen 19. Jahrhunderts (»Stein-Hardenbergsche Neuorientung«). Die Gemeinde als Basis körperschaftlicher Selbstverwaltung wird zum Ausgangspunkt eines »innerlichen Erziehungsprozesses«, der die Bürger zur politischen Mündigkeit in einem demokratischen Volksstaat führe.

Scharf verwahrt sich Preuß gegen den notorischen Vorwurf »sklavischer Nachahmung der westlichen Demokratien«. Der Innovator Preuß handelt vielmehr »aus der Einsicht in die politischen Funktionsbedingungen und Bestandsvoraussetzungen moderner Staatlichkeit in einer

Gesellschaft mit einem technisch hochentwickelten und international durch Recht und Geschäftsverkehr verflochtenen Wirtschaftsleben« (S. 141f.). Sehr einfühlsam illustriert Malowitz, wie Preuß' zunächst freundschaftliches Verhältnis zu Otto von Gierke (dieser verwendete sich mehrfach, doch vergeblich für die akademische Karriere Preuß') im Laufe der Jahre nahezu zwangsläufig Schaden nehmen mußte: Hier der arrivierte Wissenschaftler, der seinen (potentiell systemkonträren) wissenschaftlichen Ansatz »streamlined«, so seinen Frieden mit der - ihn durch Ehrungen umgarnenden - politischen Ordnung macht, dort der »lonely wolf« Preuß, der den angedachten Reformweg ungeachtet aller kleinlichen Anfeindungen konsequent weiterverfolgt.

Dian Schefolds Beitrag ist dem Nachweis gewidmet, inwiefern Preuß an das stark durch das englische »Self-Government« geprägte - Denken des Selbstverwaltungstheoretikers Rudolf von Gneist angeknüpft hat. Trotz der eher traditionellen Grundlegung seines Theorieansatzes kommunaler Selbstverwaltung geht Preuß auf grund der Ablehnung des traditionellen Souveränitätsbegriffs rasch über Gneist hinaus. Er leugnet nicht nur - mit Gneist - den qualitativen Unterschied von staatlicher und kommunaler Verwaltung, sondern postuliert - gegen Gneist - auch die Eigenständigkeit der kommunalen Ebene, die somit zum Ausgangspunkt für Reformüberlegungen auf Staats- und Reichsebene, aber auch für die globale Ordnung wird. Preuß wird zum »Überwinder der von Gneist so leidenschaftlich verfochtenen obrigkeitsstaatlichen Grundlage der Selbstverwaltung« (S. 118). Durchaus Preuß-kritisch kontrastiert Christoph Schönberger Preuß' Verständnis »genossenschaftlicher Bürgerdemokratie« mit dem Denken des Jellinek-Nachfolgers Richard Thoma.

Mit Ernst Fraenkel sieht Schönberger Preuß als einen Mann des 19. Jahrhunderts, der allzu einseitig in der Negativerfahrung der Bismarck-Ära verhaftet geblieben sei. »SO sympathisch Preuß' demokratisches Genossenschaftssystem anmuten kann, es blieb doch sehr durch seine Entstehung aus der Opposition zur bürokratisch-militärischen preußischen Monarchie geprägt.« (S. 187). Detlef Lehnert schließlich versucht die Preußische Verfassungskonzeption systematisch zwischen denjenigen Hans Kelsens und Max Webers zu verorten, während Marcus Llanque Preuß' Politikverständnis mit dem von Carl Schmitt und Hermann Heller kontrastiert: hier der Kampf gegen die Dominanz staatlicher Legitimität, dort das Bemühen, den »Niedergang der Staatlichkeit« aufzuhalten, zuletzt - bei Heller - der Einsatz für eine Neuformulierung der Staatlichkeit unter Rückgriff auf Gierkes Ausgangsbegriff der »Einheit in der Vielheit«.

Lediglich der Vorsitzende der Hugo-Preuß-Gesellschaft, Christoph Müller, geht in seinem Schlußbeitrag auf den kommunal politischen Theoretiker und Praktiker Preuß ein, der ja seiner Heimatstadt Jahrzehnte als Stadtverordneter resp. als (unbesoldeter) Stadtrat mit Zuständigkeit u.a. für das Verkehrswesen der rasch expandierenden Metropole gedient hat. Müller interessiert dabei vor allem, wie die zeitweilig unter dem - den Kreisen der sogenannten »Kathedersozialisten« entstammenden - Stich- wie Reizwort »Munizipalsozialismus« figurierende Gemeindegewirtschaft zu einem praktischen Kooperationsfeld reformbereiter Liberaler und »revisionistischer« Sozialdemokraten geworden ist. Es sind gerade die - jeglichem Katheder- oder Staatssozialismus ursprünglich scharf ablehnend gegenüberstehenden - liberalen Reformer im deutschen Linkliberalismus, die die sozialreformerische Gestaltung der Kommunalpolitik aktiv und pragmatisch in Angriff nehmen - häufig zur Überraschung und Verblüffung einer Sozialdemokratie, die mehrheitlich noch weit vom Entschluß entfernt ist, den pragmatischen Reformweg konsequent mitzugehen.

Dies sei stets in Erinnerung gebracht, wenn (wie in diesem Sammelband sehr häufig) von der »Annäherung« - gerade auch der von Hugo Preuß - an die Sozialdemokratie die Rede ist: Es bedurfte eines gravierenden und schmerzhaften Diskussions- und Reformprozesses innerhalb der Sozialdemokratie, bis die Kooperation mit einem sozialen Liberalismus möglich wurde, den man (als Negativbeispiel par excellence mag die Perzeption der sozialliberalen Gewerkschaftsbewegung gelten) allzu lange lediglich als mäßig getarnte »bürgerliche Interessenorganisation«, nicht aber als probaten Kooperationspartner zu perzipieren in der Lage war.

Nach den kenntnisreichen und argumentatorisch dichten Beiträgen des Auftaktsymposiums darf man auf die weitere Arbeit am Preußischen Oeuvre zu Recht gespannt sein. Wenn dem nächsten Band - über das Namensregister hinaus - dann auch noch eine kurze Vorstellung der Referenten beigelegt wird, bleibt nahezu kein Wunsch offen. Die Liberalismusforschung jedenfalls ist durch die intendierte Preuß-Renaissance deutlich bereichert. Und all denen, die vor lauter »Zwangsläufigkeiten« der deutschen Geschichte die Alternativen zu ignorieren geneigt sind, ist - in bester Absicht - ein weiterer »Stein des Anstoßes« in den Weg geräumt.

---

Aus: *Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung* 17 (2005), S. 328-332.  
Mit freundlicher Erlaubnis des Archivs des Liberalismus, Gummersbach.